

Bundesministerium  
für Arbeit und Soziales (BMAS)  
Herr Staatssekretär Hoofe  
Wilhelmstraße 49  
10117 Berlin

Unser Zeichen:  
Durchwahl: -33  
Ihr Ansprechpartnerin:  
Angela Denecke  
Datum: 12.08.2011

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Hoofe,

im Namen der Landesarbeitsgemeinschaft für Jugendsozialarbeit – Jugendaufbauwerk (LAG JAW) danke ich Ihnen sowie der Bundesministerin Frau von der Leyen herzlich für Ihr Antwortschreiben vom 03. August 2011. Es freut mich zu lesen, dass Sie als ehemaliger Staatssekretär des niedersächsischen Sozialministeriums das Nds. Jugendwerkstättenprogramm schätzen und für diesen bundesweit einmaligen Ansatz auch nach der Instrumentenreform gangbare Wege der Förderung sehen. Dazu zeigen Sie eine Reihe von alternativen Wegen auf.

Nach intensiven Diskussionen im Vorstand der LAG JAW sowie mit diversen Trägern der Jugendhilfe muss ich Ihnen leider zurückmelden, dass Ihre Alternativen für die Akteure vor Ort sehr nebulös geblieben sind. Die Träger der Jugendwerkstätten sind, auch nach Ihrem Antwortschreiben, weiterhin im Unklaren über ihre zukünftigen Fördermöglichkeiten. Die LAG JAW und ihre Mitglieder hätten von Ihnen gern klare und belastbare Möglichkeiten aufgezeigt bekommen.

In Ihrem Schreiben weisen Sie auf die aktuelle Praxis bzw. die Förderverfahren in anderen Bundesländern. Über diesen Hinweis sind wir durchaus verwundert, denn der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf diesbezüglich ausdrücklich Korrekturen angemahnt. Denn die Möglichkeit einer individuellen und passgenauen Ausrichtung der Maßnahmen auf die Lebenslagen und Einzelbedarfe junger Menschen ist nämlich nicht gegeben. Gerne wüssten wir, um welche Bundesländer es sich handelt und welches diese erfolgreichen Förderinstrumente sind.

Wir fragen uns, wie sich Ihre Vorschläge hinsichtlich des Vergaberechts vereinbaren lassen und benötigen dazu konkrete und gerichtsfeste Hinweise. In kürzester Zeit müssten viele Jugendwerkstätten ihre Zertifizierung durchführen. Dies wird für einen Großteil weder zeitlich noch finanziell möglich sein.

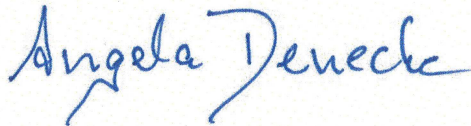
Weiterhin ist unklar, auf welcher konkreten Gesetzesgrundlage der bisherige Förderansatz der Nds. Jugendwerkstätten umgesetzt werden soll, in dem mit sozialpädagogischen Hilfen, Unterricht, Phasen von Beschäftigung, betrieblicher Qualifizierung und Betriebspraktika, flexibel auf die Lebenslagen und Einzelbedarfe junger Menschen reagiert werden kann. Dazu haben Sie sich leider nicht geäußert. Ihr Hinweis auf die Möglichkeiten der freien Förderung regt uns zur Frage an, warum ein junger Mensch erst ein Jahr lang arbeitslos sein muss, um die notwendige Unterstützung für ihn zu organisieren.



Den Verantwortlichen in den Jugendwerkstätten fehlt die notwendige Planungssicherheit. Sie brauchen zeitnah eine Grundlage für die weitere Arbeit, denn die Auswirkungen der Verunsicherungen sind deutlich. So werden bereits zum jetzigen Zeitpunkt nachweislich Maßnahmen nicht mehr fortgeführt und sowohl die Beschäftigten als auch das Personal in die Arbeitslosigkeit entlassen. Bis zum Herbst wird sich dieses Phänomen mit Sicherheit noch ausweiten.

Erstaunt sind wir über Ihre Aussage, dass das JobCenter Hannover keine besonderen Probleme bei der Umstellung auf die zum Teil neuen Förderbedingungen sehen würde. Diese Information ist neu und widerspricht allen bisherigen Kooperationsgesprächen gerade mit dem JobCenter Hannover. Wir freuen uns darüber, dass die Bundesministerin Frau von der Leyen Ende August das JobCenter Hannover besuchen wird. So kann sie sich davon überzeugen, dass auch deren Vertreter in den zukünftigen Fördermöglichkeiten keine zufriedenstellende Lösung sehen.

In Erwartung Ihres Antwortschreibens verbleibe ich  
im Namen der LAG JAW mit freundlichem Gruß,



Angela Denecke  
Geschäftsführung